

Bombach, Gottfried; Besters, Hans; Siebke, Jürgen

Article — Digitized Version

Ist Keynes überholt?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bombach, Gottfried; Besters, Hans; Siebke, Jürgen (1976) : Ist Keynes überholt?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 56, Iss. 7, pp. 329-340

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134967>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ist Keynes überholt?

Die Lehren von Keynes sind 30 Jahre nach seinem Tod und 40 Jahre nach der Veröffentlichung der Allgemeinen Theorie nicht zuletzt aufgrund der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen in das Kreuzfeuer einer heftigen Diskussion geraten. Sind Keynes' Theorien überholt?

Gottfried Bombach

Keynesianische Ökonomie und die Ökonomie von Keynes

In einer Legende in Dostojewskijs „Die Brüder Karamasow“ erscheint Christus vor dem Großinquisitor. Christus sagt dabei kein einziges Wort; der Inquisitor nennt die Anklagen. In einem Interview mit dem deutschen, eher zum Monetarismus neigenden Wirtschaftsjournalisten Monetarius geben wir Keynes die Chance, sich zu verteidigen.

M.: Lord Keynes, vor gerade 30 Jahren haben Sie sich vollkommen zurückgezogen und geschwiegen. Aber wir sind sicher, daß Sie die Entwicklung Ihrer Ideen und deren überragenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit mit wachem Auge verfolgt haben. Der ungeheueren Erfolg Ihrer „Allgemeinen Theorie“ mag Sie selbst überrascht haben. In Fachkreisen zählen Sie zu den überragenden Ökonomen dieses Jahrhunderts, für nicht wenige sind Sie der bedeutendste überhaupt. Sie haben eine Theorie revolutioniert, die ein Jahrhundert lang im liberalen Lager unbestritten geherrscht hat. In einem Zitierrangindex nach amerikanischem Muster würden Sie wohl nach wie vor mit weitem Abstand vorn liegen.

In jüngster Zeit allerdings trübt sich dieses Bild. Die Verfechter der orthodoxen Lehre

haben Sie von Anbeginn als „Inflationisten“ bezeichnet. Nicht neu ist auch der Vorwurf, Sie hätten die wesentlichen Elemente Ihrer Lehre von anderen übernommen, sowohl was die Bausteine der Theorie als auch die Vorschläge für praktische Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen anbetrifft, wie sie in der USA und insbesondere im damaligen Deutschland ergriffen wurden. Nun wird aber, vor allem von seiten der Monetaristen, die Gültigkeit Ihrer Theoreme in einem weiten Bereich überhaupt in Zweifel gezogen und die Stabilisierungspolitik, die sich auf „keynesianische“ Rezepte stützt, als im Grundansatz verfehlt, wirkungslos, oder sogar den Konjunkturzyklus verschärfend hingestellt. Die Monetaristen jagen den Fiskalisten immer mehr Anhänger ab, insbesondere schwenken die Zentralbanken zunehmend auf die monetaristische Linie ein.

KEYNES: Mein amerikanischer Kollege Galbraith sagte, daß es drei Bücher gebe, auf die man sich nach Belieben berufen könne, ohne sie gelesen zu haben: die Bibel, das „Kapital“ und Adam Smith' „Wohlstand der Nationen“. Ich stelle den gleichen Anspruch für meine „Allgemeine Theorie“. Ich möchte doch sehr deutlich unterschieden wissen zwischen den „economics of Keynes“ und den „Keynesian economics“. Ich würde es auch gar nicht schätzen, einfach den Fiskalisten zugeordnet zu werden. Dies ist ja beinahe schon ein Schimpfwort geworden; euer großer deutscher Philosoph Max Weber sprach von der Tyrannei der Begriffe. Ich habe viel Sympathien für die Analysen der Monetaristen; schließlich hat ja auch mein „Vom Gelde“ wesentlich zu meinem Ruhme beigetragen, und als es erschien, hat der große Schumpeter sein vollendetes

Manuskript in der Schublade eingeschlossen ...

M.: Haben also jene recht, die da behaupten, Sie wären längst Monetarist, würden Sie noch publizieren?

KEYNES: Das ist übertrieben. Ich möchte überhaupt keiner Schule zugerechnet werden, sondern die Freiheit behalten, in kritischen Situationen — und wir sind doch immer wieder von neuen, nicht vorausgeahnten Konflikten überfallen worden — nach meiner eigenen Überzeugung das Richtige empfehlen zu dürfen, auch wenn es gegen „herrschende Doktrinen“ geht. Nach meinem Geschmack geben sich die Monetaristen etwas zu sehr als Sekte: man muß es ganz sein oder gar nicht. Eine Sache ganz und um ihrer selbst willen tun, das ist doch etwas die deutsche Devise.

M.: Was also schätzen Sie an den Monetaristen?

KEYNES: Zunächst einmal die wissenschaftliche Sorgfalt und die Gründlichkeit ihrer Analysen. Sie sind empirisch viel besser fundiert als diejenigen, die sich heute „Keynesianer“ nennen. Für meine Zeit glaube ich, die entscheidenden Größenordnungen ziemlich gut im Griff gehabt zu haben. Ökonometriker bestätigten später die Richtigkeit der von mir geschätzten Elastizitäten im Außenhandel.

M.: Aber die heutigen, großen ökonometrischen Modelle sind doch im Grundansatz keynesianisch. Und Sie behaupten, die Monetaristen argumentieren auf besserer empirischer Basis.

KEYNES: Die Monetaristen bestreiten gerade ganz kategorisch, daß die ökonometrischen Modelle, die Sie „keynesianisch“ nennen, die empirische Wirklichkeit richtig abbilden. Ich habe für diese Modelle nie besondere Sympathie gehabt, und ich verweise Sie auf meine — gewiß etwas polemischen — Ausein-

andersetzungen mit Prof. Tinbergen. Meine Abneigung stützt sich wohlbemerkt nicht auf mangelnde Mathematikkenntnisse. Ich erhielt einst einen Preis für das beste Examen und schrieb eine These über die Wahrscheinlichkeitstheorie.

Und nochmals zu den Monetaristen: daß bei Erreichen der Vollbeschäftigung und der Vollauslastung der Kapazitäten wieder die Regeln der guten alten Quantitätstheorie gelten, war zu meiner aktiven Zeit bereits akzeptiert. Ich schrieb für eine Epoche mit Millionenheeren von Arbeitslosen und weithin leerstehenden Fabriken ...

M.: ... und nannten Ihr Werk dennoch „Allgemeine Theorie“.

Die Autoren unseres Zeitgesprächs:

Prof. Dr. Gottfried Bombach, 57, ist Ordinarius für Nationalökonomie und Direktor des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung an der Universität Basel.

Prof. Dr. Hans Besters, 53, ist Ordinarius für Nationalökonomie und Direktor des Seminars für Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie des Instituts für Unternehmensführung und Unternehmensforschung der Ruhr-Universität Bochum.

Prof. Dr. Jürgen Siebke, 39, ist seit Ende 1975 als Ordinarius im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, Fachgebiet Makroökonomie, an der Gesamthochschule Essen tätig. Zuvor war er Direktor des Seminars für theoretische Volkswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität in Kiel.

KEYNES: Zugegeben, da ist etwas Marketing dabeigewesen, und mein Freund John Hicks hat mich ja schon sehr schnell korrigiert und von einer „Economics of Depression“ gesprochen. Etwas Marketing braucht die Wissenschaft, um gehört zu werden, sonst stehlen uns Außenseiter die Show, wie es jetzt bei der Diskussion um die Grenzen des Wachstums geschehen ist.

M.: Und etwas Marketing war wohl auch Ihr Kampf gegen die „Klassik“; was Sie „klassische Lehre“ nennen (und was weitgehend eher Neoklassik gewesen ist), ist nie von einem einzelnen Ökonomen so formuliert worden ...

KEYNES: Dennoch glaube ich, die Quintessenz der herrschenden Doktrin treffend wiedergegeben zu haben. Die Monetaristen bauen sich auch geschickt ihr Feindbild auf. In der Durchsetzung ihrer Meinungen scheinen sie mir eher militanter zu sein. Ich habe etwas Verständnis dafür, weil sie gegen eine gewaltige Front einer Lehre anzukämpfen haben, die selbst schon wieder „Orthodoxie“ und auch zur Theorie des Mannes auf der Straße geworden ist. Jede Woche ein neues „keynesianisches“ Lehrbuch, und Ihr Landsman G. Chr. Lichtenberg hat ja schon einmal gesagt: von einem Buch, am Kopf vorbei, in ein anderes. Wie gesagt, die Monetaristen sind hier sorgfältiger.

M.: Kommen wir zu einigen Kernpunkten. Sie glauben bewiesen zu haben, daß es ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung geben kann ...

KEYNES: Und damit habe ich eine heilige Kuh geschlachtet. Man muß am Gleichgewicht rütteln, dann wachen die Orthodoxen aus ihrem Schläfe auf. Dieser Gag ist mir jedenfalls glänzend gelungen. Die bis heute andauernden Diskussionen — Unterbeschäftigungs-gleichgewicht ja oder nein —

habe ich mit einem gewissen Vergnügen, aber eher oberflächlich verfolgt. Mir kam es auf etwas ganz anderes an. Die Weltwirtschaftskrise ließ deutlich werden, daß es jahrelang Millionen im Elend lebende Arbeitslose geben kann; und ich war nicht bereit, darauf zu vertrauen und zu warten, daß ein geheimnisvoller Gleichgewichtsmechanismus das Übel beheben werde. Ein später, rascher Aufschwung aus einer solchen Krise heilt nicht die alten Wunden, macht nicht die Verhungerten wieder lebendig. Mit einem ziemlich dürftigen Argument versuchte mein im gleichen Flügel von King's College lebender Kollege Pigou die klassische Vollbeschäftigungsthese zu retten. Sinkende Preise sollten den Realwert der Kassenbestände erhöhen und damit die Nachfrage anregen. Dabei aber steigt der Realwert der Schulden gleichermaßen, und überdies waren die Kassenbestände der Masse der Bevölkerung damals genau Null.

Die Monetaristen haben bei den „Keynesianern“ einen ähnlichen Schock ausgelöst, als sie behaupteten, nicht das Verhalten der Konsumenten – und damit der für meine Argumentation entscheidende wichtige Multiplikator – sei konstant, sondern die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes.

M.: Damit sind wir an einer der wunden Stellen Ihres Denksystems. Die Monetaristen behaupten, und andere haben dies zuvor schon mit anderen Argumenten getan, Ihre Konsumfunktion, die Sie wieder geschickt als „fundamentales psychologisches Gesetz“ verkauft haben, sei einfach falsch.

KEYNES: Für jene Epoche, für die ich Rat erteilt habe, stimmte sie ziemlich gut. Der am Existenzminimum lebende Arbeiter gab zusätzliches Einkommen prompt und fast vollständig wieder aus. Und wenn er keines er-

zielte, konnte er auch nichts ausgeben: er hatte weder Vermögen noch Kredit. Genau dies war meine Aussage. In der Wohlstandsgesellschaft mit dem hohen Anteil dauerhafter Konsumgüter, deren Ersatzbeschaffung man leicht aufschieben kann, liegen die Dinge ganz anders. Ich bin eitel genug zu behaupten, daß ich etwas zu diesem Wohlstandsfortschritt beigetragen habe. Das Nichtkonsumieren für eine gewisse Zeit fällt heute nicht mehr so schwer. Der steigende Wohlstand hat mehr Instabilität gebracht, die aber nicht mehr so weh tut wie einstmals.

M.: Wollen Sie damit sagen, daß das Wachstumswunder zum guten Teil in einem geschickten Nachfragemanagement begründet liegt?

KEYNES: Sagen Sie um Gottes willen nicht „geschickt“. Aber es war immer genügend Nachfrage da, meist sogar zuviel. Die Zukunft wird zeigen, wie sehr Wachstum nachfrageabhängig ist. Gewisse moderne Wachstumstheorien haben hier die Leute nur verwirrt.

Aber zurück zum Konsumentenverhalten. Milton Friedman hat recht, wenn er die Reaktionen der Haushalte heute auf kurze Sicht als schwer voraussehbar, praktisch erratisch, betrachtet. Er will deshalb den Wirtschaftsablauf verstetigen und damit das Problem der effizienten Steuerung der Konsumnachfrage – für das ich nach der jetzigen Krise auch noch keine Lösung parat habe – hinwegfegen. Dazu muß ich allerdings sagen: viel zu schön um wahr zu sein.

M.: Kommen wir zu einem anderen Punkt. Man sagt, Ihr Denkmodell sei statisch und damit ungeeignet zur Analyse dynamischer Inflationsprozesse.

KEYNES: Das Formelsystem ist statisch, und John Hicks hat mit seinem didaktisch sehr ge-

schickten Kurvenschema entscheidend zur Propagierung des statischen Ansatzes beigetragen. Was kann ich dafür, wenn mit Kurven für den akademischen Anfängerunterricht später Wirtschaftspolitik betrieben wird. Verbal habe ich in meinem Werk essentiell dynamisch argumentiert, und ich bin froh, daß man heute, ich meine dabei vor allem Leijonhufvud, diese Gedanken wieder aufgreift und in erfolgversprechender Weise weiterentwickelt, insbesondere mit der Analyse von Ungleichgewichtsprognosen ...

M.: ... wobei, wie Fachleute behaupten, aus Ihrem Werk zuviel herausgelesen wird.

KEYNES: Was wird heute nicht alles aus Marx herausgezaubert ...

M.: ... den Sie zugegebenermaßen nie gelesen haben, um dann dennoch zu behaupten, daß man von dem Außenseiter S. Gesell mit seiner skurrilen Schwundgeldidee mehr lernen könne.

KEYNES: Peccavi. Aber die heutige Generation kann nicht mehr verstehen, wie hilflos wir damals vor dem Phänomen des katastrophalen Nachfragemangels gestanden haben. Sie wissen, ich hatte eine gewisse Schwäche für Cranks.

M.: Und damit sind wir bei dem Vorwurf, Sie hätten Ihre wissenschaftlichen Vorläufer und politischen Vorkämpfer nicht gebührend gewürdigt. In Deutschland gab es in der Weltwirtschaftskrise Gruppen von Politikern und Praktikern, die Pläne ganz in Ihrem Sinne entwickelten. Sie haben diese mutigen Leute ziemlich hochmütig behandelt; denken Sie an das Vorwort zur deutschen Ausgabe der „Allgemeinen Theorie“. Und was die wissenschaftlichen Wegbereiter betrifft, so hat man es Ihnen sehr übel genommen, daß Sie in Ihrem Stockholmer Vortrag nicht einmal den großen

Wickseil erwähnten. Für die skandinavische Schule war Ihr Raisonement, wie man sagt, eher ein Denken in gewohnten Bahnen.

KEYNES: Die skandinavischen Ökonomen schrieben damals in deutscher Sprache, mit der ich Mühe hatte. Sie müssen aber auch die spezielle Atmosphäre von Cambridge und Oxford verstehen. Wir debattierten viel und lasen eher wenig. Dies hat Vorzüge und Nachteile. Durch die Herausgabe des „Economic Journal“, die ich sehr ernst nahm — es schmeichelte mir sehr, als Schumpeter mich in dieser Eigenschaft an die Seite von Du Pont de Nemours bei der Edition der „Ephémérides“ stellte —, war ich mit dem wissenschaftlichen Fortschritt genügend gut vertraut.

M.: Noch zu zwei wesentlichen Punkten der Kritik, denn das Entscheidende fehlt eigentlich noch. Zunächst heißt es, die Theorie des Arbeitsmarktes in Ihrer Lehre habe viele Schwächen.

KEYNES: Sie war alles andere als perfekt: wäre sie es gewesen, so würde sie heute ohnehin wieder veraltet sein. Die Dinge haben sich fundamental geändert. Immerhin werden heute durchaus realistische Ansätze in meiner Theorie wiederentdeckt, wobei wir die ganze Phillips-Kurven-Diskussion als Thema für sich ausklammern wollen.

M.: Aber Sie dürfen nicht dem Konflikt zwischen Inflation und Vollbeschäftigungspolitik ausweichen.

KEYNES: Dies habe ich gar nicht nötig. Der ist in meiner „Allgemeinen Theorie“ schon beschrieben. Im Gegenteil muß ich vielen modernen „Keynesianern“ den Vorwurf machen, daß sie den Konflikt nicht gesehen haben oder nicht sehen wollten. Tarifautonomie ist eben einfach die heilige Kuh, auch für Bereiche, wo bei exzessiven

Forderungen kein Verlust des Arbeitsplatzes droht, und dieser Bereich ist für meinen Geschmack beängstigend groß geworden.

Ich bin mir bewußt, daß die Monetaristen wenig Sinn für wage-push-Theorien haben. Sie vertrauen auf Lernprozesse der Institutionen, wenn der harte und stabile Rahmen geschaffen ist. Es gibt Anzeichen für solche Lernprozesse, doch scheinen mir die Monetaristen in ihrem Optimismus zu weit zu gehen. Man kann das politische Element der Inflation nicht gänzlich leugnen. Zugegeben: man muß immer analysieren, ob und wie eine Zentralbank politische Inflationsanstöße akkommodiert. Tut sie es nicht, so kann es keine Inflation geben. Einverstanden. Mich interessiert aber eben auch, was passiert, wenn sie es nicht tut ...

M.: ... weil dann möglicherweise der Teufel mit dem Belzebub ausgetrieben wird, wie Sie es in anderem Zusammenhang selbst ausgedrückt haben. Was halten Sie übrigens von dem Begriff der „Natürlichen Arbeitslosenrate“?

KEYNES: Die Wohlstandsgesellschaft hat eine neue Form von Arbeitslosigkeit gebracht. Ich habe sie nicht vorausgeahnt, weil ich kein Wachstumsoptimist war, übrigens auch kein „Stagnationstheoretiker“, zu denen ich oft gerechnet wurde. Wenn eine Regierung immer und immer wieder diesen veränderten Typ von Arbeitslosigkeit vergeblich durch Nachfrageanheizung zu beseitigen versucht und dabei nur Inflation verursacht, so offenbart dies fehlende Lernprozesse. Ich bilde mir ein, veränderte Konstellationen einst schneller realisiert zu haben. Wie dem auch sei: die Gegenwart belehrt uns, daß es — leider — auch noch „keynesianische“ Arbeitslosigkeit gibt.

M.: Die vielleicht härteste Attacke zuletzt. Das Stichwort lau-

tet Fiskalpolitik. Man behauptet, der Versuch der Feinsteuerung sei endgültig gescheitert, sie wirke wegen der bekannten Verzögerungen destabilisierend statt glättend, und die ständige „keynesianisch“ motivierte Defizitpolitik habe den Staatsanteil in astronomische Höhen ansteigen lassen.

KEYNES: Diese Anklage erschüttert mich nicht, aber ich bin auch bereit zuzugeben, daß ich manche politischen Entwicklungen — vor allem das Ausgabeverhalten der Parlamente von heute — nicht vorausgeahnt habe ...

M.: Wie ja Ihre Cambridger Kollegin Joan Robinson, mit der Sie viel debattiert haben, behauptete, Sie seien ein völlig unpolitischer Mensch ...

KEYNES: Was merkwürdigerweise auch Schumpeter mit beinahe den gleichen Worten über mich geschrieben hat. Man staunt doch etwas darüber, wenn man zurückdenkt, an welchen entscheidenden Stellen man in kritischen Situationen mitgewirkt hat. Aber wissen Sie, wir Engländer haben ein Faible für den gehobenen Amateur. Und ich hatte eben sehr viele Hobbies, editierte Philosophie, sammelte Bilder, leitete ein Theater usw.

Ich gebe zu, meine Vorstellungen von dem Funktionieren eines Parlamentes, das zur konjunkturgerechten Fiskalpolitik verpflichtet ist, waren etwas naiv. Der Ausgabendrang war damals wohl auch noch nicht so vehement. Als in den 50er Jahren die moderne Fiskalpolitik entwickelt wurde, hatte man das asymmetrische Verhalten der Parlamente im Finanzgebaren auch noch nicht erkannt. Man glaubte, das Bremsen sei genau so leicht wie das Beschleunigen. Deutsche Finanzwissenschaftler warnten übrigens schon frühzeitig; lesen Sie, was etwa Schmolders in den 50er Jahren geschrieben hat ...

M.: ... und die Fiskalisten übersahen zu lange die großen Verzögerungen, die aus einer anti- eine prozyklische Politik machen.

KEYNES: Nicht zu bestreiten. Ich möchte mich aber entscheiden gegen den Vorwurf zur Wehr setzen, „keynesianisches“ deficit spending sei verantwortlich für das gewaltige Anwachsen des Volumens der öffentlichen Haushalte. Es hat wohl eine Alibifunktion gehabt. Man sollte sich eher an meinen Kollegen Galbraith wenden, der ständig das Klagelied von der „öffentlichen Armut“ gesungen hat. Die Reformen, die so viel Geld kosten, sind gar nicht nach meinem Geschmack.

M.: Die Zeit drängt. Lord Keynes, formulieren Sie bitte in aller Kürze, weshalb Sie sich nicht voll zum Monetarismus bekennen, nachdem Sie doch allerlei Sympathie zeigen.

KEYNES: Ich sagte bereits, daß ich etwas gegen „volle Bekenntnisse“ habe. Ich mag nicht die Reinheit der Katharer. Zuerst vor allem: Sie werden in meiner „Allgemeinen Theorie“ nichts von der Vorstellung eines „Fine Tuning“ finden. Ich war durchaus nicht der Meinung, daß man ständig an den Knöpfen drehen soll; dies ist das Werk späterer Perfektionisten. Sehr grob gesprochen glaube ich, daß man bei den Monetaristen mehr für den Kampf gegen die Inflation lernen kann, bei mir mehr bei der Abwehr von Massenarbeitslosigkeit. Ich teile nicht den Optimismus der Monetaristen, die da meinen, das marktwirtschaftliche System sei stabil in sich, man müsse nur einen sicheren Rahmen schaffen und dürfe nicht ständig intervenieren. In der Nachkriegszeit war ständig gegen Inflation anzukämpfen, aber die gegenwärtige Krise zeigt, daß sich der Wind drehen kann.

Die Ökonomen neigen dazu, aus kurzen Epochen voreilig auf säkulare Phänomene zu schließen; ich war selbst diesem Fehler verfallen und sah nur noch die Krise.

Die Monetaristen kämpfen gegen eine Doktrin an, die sich zuweilen noch immer als „Neue Lehre“ bezeichnet, längst aber zur Orthodoxie geworden ist. Ich sehe die Gefahr, daß es den großen Vertretern des Monetarismus so ergeht wie mir mit meinen Nachfolgern. Die Schüler bauen wieder eine Orthodoxie auf. Dann könnte das passieren, was in der Weltwirtschaftskrise geschah, wo gegen eine Inflation angekämpft wurde, die es gar nicht gab, und wo die Wissenschaft beinahe geschlossen gegen jene Maßnahmen der Regierungen wettete, die ergriffen werden mußten und in Ihrem Lande auch wurden. Leider unter der falschen Flagge.

Hans Besters

Keynes im Lichte der Erfahrungen der Nachkriegszeit

Das Verhältnis zwischen Wirtschaftswissenschaft und praktischer Wirtschaftspolitik, wie es sich in der Nachkriegszeit entwickelt hat, erscheint im nachhinein merkwürdig paradox. Während die praktische Wirtschaftspolitik kaum jemals so aufgeschlossen war, auf wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse zurückzugreifen und sich von ihnen leiten zu lassen, dominierte in der Wirtschaftswissenschaft ein bestimmtes Rezept zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, das zu der Situation in den frühen 30er Jahren, nicht aber zu der in den 50er und 60er Jahren paßte. Generationen professioneller Nationalökonomten waren vor, während und nach dem Zweiten Welt-

krieg mit Keynes geradezu gefüttert worden, hatten aber nicht zur Kenntnis genommen oder auch nur begriffen, daß die Verhältnisse sich grundlegend gewandelt hatten, weil es keineswegs eine depressive Unterbeschäftigung, sondern durchgängig eine inflatorische Überbeschäftigung zu bekämpfen galt.

Infolge des beherrschenden Einflusses der „New Economics“ blieb jedoch die entscheidende Frage, worauf die veränderte Nachkriegssituation zurückzuführen sei, unbeantwortet: Die inflatorische Entwicklung kann nämlich ebenso gut Ausfluß der praktizierten Beschäftigungspolitik à la Keynes sein, wie dessen Grundhypothese von der

immanenten Tendenz dezentraler Wirtschaft zur Unterbeschäftigung generell in Frage stellen. Im ersten Fall trifft der Keynesische Erklärungsansatz nicht mehr zu, weil sich die Ausgangssituation durch die staatliche Aktivität, die er als Therapie einschließt und die deshalb „endogenisiert“ werden muß, grundlegend geändert hat; im zweiten Fall müßte er – trotz vordergründigen Anschauungsmaterials aus der Weltwirtschaftskrise – als irreführend revidiert werden.

Akzeptiert man zunächst einmal die Keynessche Grundhypothese, daß wegen fehlender spontaner Gegenkräfte sich die Gesamtnachfrage auf einem Ni-

veau stabilisiert, das die Produktionskapazität unausgelastet läßt, sofern nicht wirtschaftspolitische Maßnahmen die Umkehr zum Vollbeschäftigungsgleichgewicht erzwingen, so hat die Nachkriegsentwicklung zweierlei ergeben:

Konsequenzen der Vollbeschäftigungspolitik

□ Einerseits hat die beschäftigungspolitische Aktivität, die für die meisten Industriestaaten bestimmend war und sogar in einigen verfassungsähnlichen Gesetzen verankert wurde, ein ähnlich tiefes Wellental wie das der Weltwirtschaftskrise nicht mehr zugelassen und die Schwankungen des Volkseinkommens nach oben hin verschoben, d. h. um und über den Vollbeschäftigungstrend verlagert. Das mag für manche Autoren Anlaß gewesen sein, nunmehr häufiger von Wachstums- statt von Konjunkturzyklen zu sprechen.

□ Andererseits hat der Primat der Vollbeschäftigung die Wirtschaftspolitik mit der Wahl zwischen zwei Übeln, zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit, konfrontiert: Zunächst erfordert die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wie immer das „Sterben des Geldes“ zustande gekommen sein mag, eine Ausweitung der monetären Nachfrage. Mit erreichter Vollbeschäftigung wird dann die Position der Gewerkschaften gestärkt und die der Arbeitgeberverbände geschwächt, so daß überhöhte Löhne von der einen Seite nicht nur gefordert, sondern wegen mangelnden Widerstandes der anderen Seite auch durchgesetzt werden. Das so erreichte Lohnniveau erfordert zur Vermeidung eines neuerlichen Beschäftigungseinbruchs wiederum eine Ausweitung der monetären Nachfrage. Staatliche Vollbeschäftigungsaktivitäten erweisen sich somit „als Lohnsteigerungs- und Überwälzungsgarantie in einem“¹⁾.

Wie reagierten Keynes und seine Anhänger auf dieses Phänomen? Einiges deutet darauf hin, daß Keynes selbst bereits die inflatorischen Konsequenzen seiner Therapie erkannt hat, wenn er darauf hinweist, daß die Arbeitgeber dem Verlangen nach höheren Löhnen um so bereitwilliger nachgeben, je bessere Geschäfte sie machen²⁾. Er setzt jedoch auf die Geldillusion, indem er von der Bevölkerung erwartet, daß diese die erforderliche Senkung des Reallohns infolge Preisanstiegs (bei unveränderten oder nachhinkenden Nominallöhnen) hin- nimmt und über das inflatorische Zwangssparen sogar noch eine Ausweitung der Produktion ermöglicht wird.

Einige seiner Epigonen³⁾ haben die Geldillusion als unveränderbar unterstellt: Der Preisschub führe zwar zu einem höheren, dann aber gleichbleibenden Preisniveau. Dieses sog. inflatorische Gleichgewicht setzt aber voraus, daß sich diejenigen, die die Überforderung des Produktionspotentials eingeleitet haben, und/oder diejenigen, die durch den Preisauftrieb geschädigt werden, ihre realen Ausgabenpläne ohne Widerstand korrigieren lassen. Die Geldillusion nimmt gleichsam Datencharakter an.

Dies steht in deutlichem Gegensatz zum bereits von der Wiener Schule der Neoklassik erarbeiteten Erkenntnisstand. Die unfreiwillige Revision realer Ausgabenpläne wird nicht ohne weiteres hingenommen und schlägt sich in erhöhter Gütervorliebe auf Kosten der Geld-

vorliebe (zumindest im Umfang des Kreditschöpfungspotentials) nieder, so daß der monetäre Kreislauf weiter zunimmt.

Andere Keynes-Epigonen⁴⁾ haben die positive Funktion des inflationären Preisauftriebs für das Wirtschaftswachstum besonders betont. Die während der Inflationsphase eintretende Einkommensumverteilung zugunsten der Unternehmer fördere sowohl das Sparaufkommen als auch die Investitionsneigung und somit die weitere Entwicklung. So mache sich die Inflation selbst rückgängig: Sobald die mit zusätzlichem Geld finanzierten Investitionen zur Produktionsreife gelangten, würde sich das reale Güterangebot erhöhen und einen Preisdruck ausüben, so daß die inflatorische Finanzierung ent- und das Preisniveau auf das Ausgangsgleichgewicht zurückfiele.

Eigendynamik des Inflationsprozesses

Demgegenüber hatte schon die Neoklassik vor Keynes betont, daß der Zwangssparprozeß in einem strukturellen Ungleichgewicht zwischen Investitions- und Konsumgüterproduktion enden müsse. Die durch übermäßige Ausweitung der Investitionsgüterproduktion erzielten zusätzlichen Faktoreinkommen würden für Konsumgüter ausgegeben, deren Produktion infolge der Knappheit der Ressourcen nicht gleichzeitig expandieren könne. Der verselbständigte, von der Endnachfrage losgelöste Investitionsboom müsse schließlich mit erheblichen Verlusten zusammenbrechen, sobald das Kreditschöpfungspotential erschöpft sei (wenngleich dieses durch neue Liquiditätszufuhr erweitert werden könne).

Der entscheidende Fehler des Keynesianismus ist, daß er dort,

¹⁾ H. Sanmann: Vollbeschäftigung, Inflation und Arbeitsmarkt, in: Wirtschaftspolitik – Wissenschaft und politische Aufgabe, Festschrift für Karl Schiller, Stuttgart 1976, S. 325.

²⁾ J. M. Keynes: The General Theory of Employment, Interest and Money, London 1936, S. 301.

³⁾ Z. B. R. M. Goodwin: The Multiplier, in: S. E. Harris (Ed.), The New Economics, Keynes' Influence on Theory and Public Policy, 2nd Impr., London 1949, S. 482 ff.; A. Smithies: The Behavior of Money National Income under Inflationary Conditions, Quarterly Journal of Economics, Vol. 57/1942/43, S. 113 ff.

⁴⁾ Am klarsten wohl S. H. Slichter: How Bad is Inflation?, Harpers Magazin, August 1952; Creeping Inflation, A Debate between S. H. Slichter and H. Luedicke, The Journal of Commerce 1957.

wo er Aussagen zur Inflation macht, die Eigendynamik des Inflationsprozesses völlig verkennt. Was seine theoretische Analyse betrifft, so bleibt er hinter dem Erkenntnisstand der (frühen) Neoklassik zurück: Weder ergibt sich ein inflatorisches Gleichgewicht, noch fällt nach dem jeweiligen Inflationsschub das Preisniveau auf das Ausgangsgleichgewicht zurück. Vielmehr weitet sich ein in Gang befindlicher Inflationsprozeß der Neoklassik zufolge ständig aus, indem das geldillusionäre Verhalten durch die Antizipation zukünftiger Geldentwertung in Preisen und Löhnen ersetzt wird.

Kreierung des Interventionszyklus

Schließlich wird die steigende Inflationsrate als unerträglich empfunden, was zu kontraktiven Maßnahmen veranlaßt. Diese drosseln jedoch nur die Erlöse der Unternehmungen, nicht aber ihre Kosten, da die Faktorpreise — insbesondere die Löhne — nach unten hin starr sind. Sobald aber die Kosten nicht mehr gedeckt werden, bleibt nur der Ausweg, die Beschäftigung zurückzunehmen. Die einsetzende Arbeitslosigkeit ändert die Erwartungen der Bürger, die nun vorsichtig disponieren, was sich in erhöhter Kassenhaltung niederschlägt. Beide Verhaltensweisen lassen den Geldkreislauf schrumpfen und verletzen das Vollbeschäftigungspostulat, so daß das wirtschaftspolitische Instrumentarium bald wieder expansiv eingesetzt werden muß, um die Arbeitslosigkeit zu absorbieren. Die Expansionsmaßnahmen lassen aber erst dann die Konjunktur anspringen, wenn die Bürger erneut ihre Erwartungen geändert haben: Von ihrer zurückhaltenden Ausgabendisposition lassen sie erst ab, wenn ein gewisser Beschäftigungsanstieg sichtbar geworden ist. Im Verlauf des Abbaus ihrer überhöhten Kassenbe-

stände weitet sich dann die Gesamtnachfrage schnell aus, bis schließlich der nicht aufgelöste inflationäre Kostensockel der vorausgegangenen Talfahrt überspült wird und die Wirtschaft auf breiter Front expandiert. Das verstärkt dann erneut den Inflationstrend, bis das Spiel von neuem beginnt.

Was somit die praktische Wirtschaftspolitik betrifft, hat der Keynesianismus einen „neuen Konjunkturzyklus“ kreiert: Die Inflation zu bekämpfen, erfordert das „Stop“, die drohende Arbeitslosigkeit zu vermeiden oder die eingetretene abzubauen, das „Go“. Dadurch kommt ein künstlicher Zyklus mit zwangsläufiger Abfolge zustande, den man schlicht als Interventionszyklus bezeichnen kann.

Zugleich wird deutlich, daß der Primat der Vollbeschäftigung langfristig, d. h. über die einzelnen Zyklen hinweg, mit immer höheren Inflationsraten erkaufte werden muß. Sobald der letzte Rest von Geldillusionen verlorengegangen ist, entfällt auch das dadurch bedingte „Inflationspotential“ zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Spätestens dann muß die praktische Wirtschaftspolitik erkennen, daß selbst zunehmende Inflationsraten die Beschäftigung nicht mehr anheben können und gleichbleibende Inflationsraten bereits die Beschäftigung absinken lassen. Damit hat sich das Spiel mit der „semi-inflation“ endgültig ad absurdum geführt.

Fragwürdige Einkommenspolitik

Der skizzierte Hintergrund des „neuen Konjunkturzyklus“ legt es nahe, den circulus vitiosus zunehmender Inflationsspiralen dadurch zu beschränken, daß man die jeweils mit wachsendem Beschäftigungsstand einhergehende expansive Lohnpolitik zu verhindern trachtet.

Vor allem Postkeynesianer forderten, die beschäftigungspolitischen Maßnahmen um solche der Einkommenspolitik im Wege orientierender oder verpflichtender Lohnleitlinien zu erweitern und damit abzusichern. Auch in der Bundesrepublik ist man diesem Anliegen mit der Konzentrierten Aktion gefolgt, die zwar keine Lohnleitlinien kennt, wohl aber Orientierungsdaten vorgibt.

Entgegen den großen Hoffnungen, die man mit der Konzentrierten Aktion verband und die enttäuscht worden sind, ist auf die Fragwürdigkeit solcher institutionalisierter Kooperationsmodelle aufmerksam zu machen: Bisher wurde — getreu dem Keynesschen Rezept — der nächste Konjunkturzyklus jeweils durch Aufpumpen der monetären Nachfrage entfacht, die über steigende Gewinne den Investitionsboom anheizte, bis dieser schließlich im Verlauf ständig knapper werdender Arbeitskräfte die Lohnexplosion induzierte. Mit der Inflationsbekämpfung bei den Löhnen ansetzen, hieße somit das Pferd am Schwanz aufzuzäumen.

Demgegenüber ist darauf aufmerksam zu machen, daß die Inflation bereits im Aufpumpen des monetären Kreislaufs begründet ist. Sollten sich die Gewerkschaften während der Expansionsphase in Selbstbeschränkung üben, würden sie gegen die Marktkräfte agieren, indem sie den sog. Lohnlag verlängern. Damit würden sie die Gewinne für den Investitionsboom noch verstärken, zugleich aber auch Gefahr laufen, daß ihnen die Gefolgschaft angekündigt wird, weil ihre Mitglieder die inflationsbedingte Reallohnsenkung nicht hinzunehmen bereit sind. Daraus folgt, daß Orientierungsdaten und Lohnleitlinien ebenso wie Preis- und Lohnkontrollen nur eine Symptomkur mit problematischen Folgen, somit alles andere als adäquate Mittel zur Inflationsbekämpfung sein können.

Fehlkonstruktion des IMF-Systems

Der von Keynes abgeleitete chronische Unterbeschäftigungstrend dezentraler Wirtschaft hat seinerzeit auch das IMF-System mit festen Wechselkursen bestimmt.

Für dessen Konstrukteure war es unvorstellbar, daß das Produktionspotential der Industriestaaten mehr oder weniger überfordert werden könnte, wie es in der Nachkriegszeit durchgängig der Fall war; vielmehr sahen sie ihre Aufgabe in der Vermeidung sich ausbreitender Unterbeschäftigung, nicht in der Absicherung gegen importierte Überbeschäftigung. Folglich glaubten sie, das Zahlungsbilanz- auf Kosten des Vollbeschäftigungsziels vernachlässigen zu können: Sollte sich nämlich durch irgendein Mißgeschick in einem potenten Welthandelsland eine Rezession einstellen, sorgten die festen Wechselkurse automatisch für einen Exportüberschuß, der das Volkseinkommen erhöhen und mit dem Beschäftigungsanstieg zur Überwindung heimischer Arbeitslosigkeit beitragen würde. Zwar ließe das auf einen Export von Arbeitslosigkeit hinaus; diese würde aber auf so viele Handelspartner verteilt, daß sie deren Beschäftigungsniveau bei großzügiger Einräumung offizieller Kreditlinien nicht ernsthaft gefährden könne. Mit der Verpflichtung zu festen Wechselkursen setzte man somit bewußt auf eine „internationale Konjunkturgemeinschaft“ zur Absorption von Beschäftigungseinbrüchen – wo immer sich diese einstellen würden.

Wiederum übersah man den in dieser Konstruktion eingeschlossenen, auf der Linie nationaler Vollbeschäftigungspraktiken liegenden Inflationstrend: Die gut gemeinten Kreditfazilitäten entlasten die Defizitländer von der erforderlichen Zahlungsbilanzumkehr, deren Ver-

schuldung daraufhin zu- und nicht abnimmt. Erst bei Erreichen der Verschuldungsgrenze sehen diese sich veranlaßt, zur Entlastung ihrer Zahlungsbilanz mit kontraktiven Mitteln einzugreifen, bis die steigende Arbeitslosigkeit sie erneut zwingt, auf Expansion umzuschalten. Der Kurswechsel läßt aber das Defizit in ihrer Zahlungsbilanz wieder anschwellen, bis dieses so prekär geworden ist, daß abermals umgeschaltet werden muß. Jede Spritze zur Verminderung der Arbeitslosigkeit bedeutet somit eine weitere Stufe auf der Treppe der Inflation. Wenn überdies die Gläubigländer den von außen übertragenen Preisauftrieb unter Aufrechterhaltung fester Wechselkurse mit kontraktiven Mitteln im Innern abzublocken versuchen, führt das entgegen der erhofften Inflationsbekämpfung nur zur Vergrößerung des Inflationsimports, weil dadurch die entscheidende Ursache für den Exportsaldo, nämlich der Abstand zum Preisniveau der Schuldnerländer, noch verstärkt wird.

Schuldner- und Gläubigerpositionen wurden so konserviert. In den Defizitländern blieb das Problem der Arbeitslosigkeit ungelöst, da sich letztlich herausstellte, daß das Beschäftigungsniveau auch mit weiteren Inflationsschüben nicht erhöht werden kann, während den Gläubigländern zur Abwehr wachsender Inflationsimporte nichts anderes übrigblieb, als das System fester Wechselkurse preis- und damit das IMF-System aufzugeben.

Analog zur bereits beschriebenen Stop-and-Go-Politik im Innern hat sich somit auch das internationale Spiel mit der Inflation nicht ausgezahlt.

Wenn man Keynes' Allgemeine Theorie einmal darauf prüft, wie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zur Unterbeschäftigung aus einer annähernden Gleich-

gewichtslage zustande kommen soll, ist man enttäuscht über die Trivialität der Aussagen⁵⁾ und zugleich überrascht, wie der angeblich immanente Sog der Wirtschaft zur Unterbeschäftigung seit nunmehr vier Jahrzehnten kritiklos tradiert werden konnte.

Zweifel an der Keynesschen Grundhypothese

Keynes geht bekanntlich von pessimistischen Ertragserwartungen aus; aber auf die zentrale Frage, wie eine totale Homogenisierung tausender unabhängiger Entscheidungen in eindeutiger Richtung entstehen soll – denn nur dann sind sie von gesamtwirtschaftlichem Gewicht –, findet der Leser nur vage Hinweise auf psychologische Faktoren. Es ist jedoch nicht einzusehen, daß die Bürger ihre Erwartungshaltungen ohne ersichtlichen Grund gleichgerichtet ändern. Der Hinweis auf die faktische Instabilität privaten Ausgabegebarens, namentlich der Investoren, ist keine Erklärung, denn dafür können zwei völlig verschiedene Ursachenkomplexe angeführt werden:

□ Nach Keynes entstehen pessimistische Erwartungshaltungen autonom, gleichsam aus dem Nichts⁶⁾, oder aber sind exogen verursacht⁷⁾ und kumu-

⁵⁾ "Keynes offers a wealth of incompletely systematized ideas; direct observations of business policy-making, philosophical surmises about the theory of knowledge, and more or less impressionistic deductions from poring over economic annals, are all stirred up together into one savory stew." (A. E. Hart: Keynes' Analysis of Expectations and Uncertainty, in: S. E. Harris, The New Economics, a. a. O., S. 419.)

⁶⁾ "A conventional valuation which is established as the outcome of the mass psychology of a large number of ignorant individuals is liable to change violently as the result of a sudden fluctuation of opinion due to factors which do not really make much difference to the prospective yield;..." (J. M. Keynes: The General Theory, a. a. O., S. 154.)

⁷⁾ "... economic prosperity is excessively dependent on a political and social atmosphere which is congenial to the average business man. If the fear of a Labour Government or a New Deal depresses enterprise, this need not be the result either of a reasonable calculation or of a plot with political intent; – it is the mere consequence of upsetting the delicate balance of spontaneous optimism." (J. M. Keynes: The General Theory, a. a. O., S. 162.)

lieren sich durch gegenseitige Ansteckung als Gleichrichter.

□ Nicht-Keynesianer sehen dagegen geänderte Erwartungshaltungen als induziert, hauptsächlich als Reaktionen der Bürger auf staatliche Stop- and Go-Maßnahmen an⁸⁾. Wäre die Wirtschaftspolitik verstetigt, entfiele auch die ständige Revision privaten Ausgabeverhaltens und deren Wirkungen auf den Geldkreislauf.

Die offene Frage, welche Annahme von größerer empirischer Relevanz ist, die der systemimmanenten oder die der interventionsbedingten Instabilität, könnte einer Lösung nähergebracht werden, wenn man sich zu einer Art Hypothesentest entschließen könnte. Dieser müßte auf eine Neutralisierung antizyklischer Nachfragesteuerung hin ausgerichtet sein, so daß Haushalte und Unternehmungen keine Veranlassung mehr haben, als Antwort auf wirtschaftspolitische Eingriffe ihre Erwartungshaltung ständig zu ändern, damit auch ihre Pläne zu revidieren, weil sie mal mit steigenden, mal mit sinkenden Inflationsraten konfrontiert sind. Sicherlich hat der before-after-

Test seine Tücken, aber es könnte sich doch zeigen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang der private Sektor wirklich instabil ist.

Derzeit rivalisiert diese Position jedoch mit der entgegengesetzten, die die antizyklische Nachfragesteuerung mit Hilfe zusätzlicher Instrumente und verbesserter Informationsgrundlagen „perfektionieren“ will. Dabei wird offensichtlich übersehen, daß die Hinzunahme immer weiterer Instrumente nur zusätzliche Unwägbarkeiten für den privaten Sektor schafft; als Ergebnis müßte erwartet werden, daß dessen Ausgabeverhalten durch die Setzung ständig neuer Datenkonstellationen, die Wechselbädern gleichen, immer unbestimmbarer wird, solange man jedenfalls vor direkten Kontrollen zurückschreckt (aber auch diese letztlich kaum erfolgreich sein dürften). Für die angestrebte Verbesserung der Informationsgrundlagen gilt, daß jegliche Prognose mit der Invarianz der Ausgangsbedingungen steht und fällt und diese Invarianz gerade durch zunehmende staatliche Eingriffe mit darauf folgenden zweifelhaften Reaktionen der Bürger immer

mehr in Frage gestellt wird. Das wird vor allem für die neuerdings diskutierte Regionalisierung und Sektoralisierung antizyklischer Globalsteuerung zu treffen.

Demgegenüber bleibt zu hoffen, daß von der Antizyklik endgültig Abschied genommen und diese durch die Verstetigung vor allem der im Zuständigkeitsbereich staatlicher Wirtschaftspolitik liegenden Nachfragegrößen ersetzt wird. In der Bundesrepublik sind stets Exportüberschüsse und expansive Staatsausgaben Primärimpulse für den Inflationsprozeß gewesen. Folglich müßte mit einer konjunkturneutralen Zahlungsbilanz- und Haushaltspolitik begonnen werden⁹⁾. Dadurch könnten sowohl die Lohnerhöhungs- als auch die Preisüberwälzungsspielräume erheblich eingeschränkt werden.

⁸⁾ Auch für die Weltwirtschaftskrise, die in den USA ihren Ausgang nahm, scheint eine verfehlte Wirtschaftspolitik, deren Ergebnis eine Geldmengenreduktion bis zu einer Jahresrate von 30 % war, verantwortlich gewesen zu sein. (Vgl. M. Friedman/A. Schwartz: *A Monetary History of the United States, 1867 to 1960*, Princeton 1963, S. 691-693.)

⁹⁾ Vgl. dazu u. a. H. Besters: *Stabilitätsprobleme der Marktwirtschaft/Konjunkturpolitik*, in: *Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Unsere Wirtschaft, Basis — Dschungel — Dogma*, Köln 1973, S. 100 ff.

Jürgen Siebke

Reduzierung der Theorie durch Popularisierung

John Maynard Keynes war äußerst selbstbewußt in der Einschätzung der Richtigkeit, Bedeutung und Wirksamkeit seiner Ideen. Über seine *General Theory* schrieb er in einem Brief vom 1. Januar 1935 an George Bernard Shaw: „... I believe myself to be writing a book on economic theory which will largely revolutionise ... the way the world thinks about economic problems“.

Und in der Tat spricht man heute von einer „keynesianischen Revolution“. In welcher Hinsicht wirkt diese angebliche Revolution bis zur Gegenwart nach? Diese Frage ist unabhängig davon zu stellen, ob Keynes richtig oder falsch verstanden, ob seine Lehren in ihrem ursprünglichen Sinn oder über verändernde Interpretationen weiterleben. Behalten Keynes' Lehren auch für die gegenwärtigen Probleme ihre Gültigkeit?

Bei der Auseinandersetzung um derartige Fragen sind drei Randbedingungen zu beachten. Erst durch sie wird Keynes in den historischen Kontext gestellt.

□ Keynes' Denkgebäude wird verkürzend mit der *General Theory* identifiziert. Es ist diese Identifizierung, aus der heraus sich eine „keynesianische Wirtschaftslehre“ bildete. Vernachlässigt wird u. a. sein Werk *Treatise on Money*; in den Hin-

tergrund historischer Reminiszenzen treten seine Beiträge zur Installierung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, und recht unbeachtet bleibt das Bild seiner Persönlichkeit als zusätzlicher Anhaltspunkt des Verständnisses seines Denkens ¹⁾.

□ Bedeutung für Keynes' Wirken bis in die heutige Zeit hat die akademische Lehre dadurch gewonnen, daß sie seine Ideen nur noch über Sekundärliteratur vermittelt. Die *General Theory* ist – wie Harry Johnson einmal treffend anmerkte ²⁾ – ein klassisches Werk in dem Sinne geworden, daß jeder glaubt, dessen Inhalt und „Botschaft“ ausreichend genau verstanden zu haben, um das Buch nicht mehr eigenständig lesen und durcharbeiten zu müssen. Diese Einschränkung auf die *General Theory* und der indirekte Zugang zu ihr rechtfertigen zu differenzieren, was Keynes gesagt hat und welche Lehrmeinung seine Interpreten vermitteln, also die nunmehr populäre Unterscheidung zwischen Keynes und Keynesianismus zu beachten.

Die Vermittlung der *General Theory* ist von Sprachraum zu Sprachraum und von Land zu Land verschieden. Wenn ich mich als Ökonom, der seine wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung Mitte der 50er Jahre in der Bundesrepublik begann, daran erinnere, daß uns Studierenden der Einstieg zu Keynes etwa über Erich Schneiders dritten Band seiner „Einführung in die Wirtschaftstheorie“ oder auch über Andreas Paulsens „Neue Wirtschaftslehre“ eröffnet wurde, so ist es nicht unfair, den Keynesianismus trotz unterschiedlicher Ausformung mit

dem zur mechanistischen Analyse verleitenden IS-LM-Paradigma der Lehrbücher gleichzusetzen.

□ Ein der keynesianischen Lehre entsprechender Erfolg setzt voraus, daß die vorgelegte Theorie ein wirtschaftliches und soziales Problem aufgreift, von dem die überwiegende Mehrheit der Wirtschaftssubjekte betroffen ist, oder doch das angesprochene Problem als potentielle Gefährdung der eigenen ökonomischen Lage einschätzt. So hätte die *General Theory* nicht ohne die große Depression nach 1929 und nicht ohne das bis heute gegenwärtige Trauma einer Massenarbeitslosigkeit fortgewirkt.

Die historische Ausgangsposition

Es darf daran erinnert werden, daß Keynes seine makroökonomische Analyse der Arbeitslosigkeit angesichts der hohen Unterbeschäftigung im Großbritannien der 20er Jahre formulierte. Die damalige Lage war die Folge der restriktiven britischen Geldpolitik, die notwendig wurde, weil die wirtschaftspolitischen Entscheidungsinstanzen mit der Rückkehr zum Goldstandard zugleich die Vorkriegsparität des Pfund Sterling erhalten wollten. In heutiger Sicht sind die eingetretenen realwirtschaftlichen Konsequenzen einer solchen verfehlten Währungspolitik mit der Quantitätstheorie vereinbar, d. h. durch sie erklärbar. Damals war dagegen diese Hypothese der klassischen ökonomischen Theorie, nach der Geld keinen Einfluß auf den realwirtschaftlichen Sektor ausübt und dieser Sektor zum Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung tendiert, auf die Erklärung langfristiger Probleme ausgerichtet.

Die Quantitätstheoretiker versäumten es, das wirtschaftliche und soziale Problem der umfassenden Arbeitslosigkeit als Herausforderung für ihr theoreti-

sches Denken einzuschätzen und ihre Analyse für kurzfristige ökonomische Störungen zu modifizieren. Dadurch leiteten sie der Ansicht Vorschub, daß die Quantitätstheorie zur Erklärung der anstehenden Sachfrage ungeeignet sei ³⁾. Auch Keynes vermochte offenbar im Rahmen dieser Theorie keine adäquate Analyse zu formulieren. Das brachte ihn dazu, den Determinanten der effektiven Nachfrage eine Schlüsselstellung für das Beschäftigungsvolumen zuzusprechen. Mit diesem Ansatz präsentierte er eine theoretisch anspruchsvolle Erklärung der Massenarbeitslosigkeit und von kurzfristigen realwirtschaftlichen Schwankungen, die sogar ein Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung einschloß.

Als dann im Jahre 1936 diese Theorie publiziert wurde, hatten alle Länder infolge der Weltwirtschaftskrise eine Massenarbeitslosigkeit eines bis dahin und bis heute nicht erinnerbaren Ausmaßes erfahren. Dieser die nationalen Volkswirtschaften übergreifende Erfahrungstatbestand mußte ein ebenso übergreifendes Interesse an Keynes' Theorie, die zugleich eine Lösung anbot, nach sich ziehen. Da die Aufnahme seiner Theorie, die auf eine kurzfristige Analyse ausgerichtet war, mit der Vorstellung einherging, daß die Quantitätstheorie tot sei, war zugleich eine Neuorientierung des ökonomischen Denkens – wie auch des wirtschaftspolitischen Handelns – von der langfristigen Konzeption weg zugunsten einer kurzfristigen ad-hoc-Orientierung eingeleitet, der Boden für den staatlichen Interventionismus bereitet worden. Diese Denkungsrichtung bleibt die nachhaltige Wirkung von Keynes bis in unsere Tage.

¹⁾ Zum Bild der Persönlichkeit von Keynes hat neuerdings E. Johnson einen erhellenden Beitrag geliefert: John Maynard Keynes – Scientist or Politician?, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 82 (1974), S. 99–111.

²⁾ H. G. Johnson: Monetary Theory and Monetary Policy, in: *Euromoney*, Vol. 2 (1970); wiederabgedruckt in: derselbe: *Further Essays in Monetary Economics*, London 1972, S. 77–87, Zitat hier: S. 78.

³⁾ Man vgl. dazu H. G. Johnson: Keynes and British Economics, in: M. Keynes (ed.): *Essays in Praise of John Maynard Keynes*, Cambridge 1975; wiederabgedruckt in: H. G. Johnson: *On Economics and Society*, Chicago 1975, S. 77–90.

Die Popularisierung der *General Theory* hat dieses Werk auf ein Einkommen-Ausgaben-Modell reduziert. Da der Konsum in dieser Analyse als abhängig von der zu erklärenden Einkommenshöhe angesehen wird, determiniert das Investitionsvolumen über das bekannte Multiplikator-konzept das Niveau von Sozialprodukt und Beschäftigung. Bestimmungsgrund der Investitionsnachfrage sind die Ertragserwartungen der Investoren. Die erwartete Ertragsrate auf Realkapital wird jedoch in der Regel durch Keynes und die Keynesianer als nicht ausreichend hoch angesehen, um ein Investitionsvolumen zu induzieren, das für eine Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte erforderlich ist. Die Erwartungen seien zudem von Zeit zu Zeit eintretenden Veränderungen unterworfen. Die kapitalistische Wirtschaft tendiere mithin zur Unterbeschäftigung und zu zyklischen Schwankungen. Ein entscheidendes konstitutives Element der Theorie von Keynes bildet daher die Annahme, daß der privatwirtschaftliche Sektor der Wettbewerbswirtschaft systemimmanent instabil sei⁴⁾.

Es ist insbesondere diese Hypothese, die das Denken der Mehrheit der Ökonomen geprägt hat, aber auch der Wirtschaftspolitiker, die sich dadurch zum Handeln aufgerufen und legitimiert fühlen – und was stellt ein Politiker ohne Aktionen in den Augen seiner Wähler dar?! Ob Keynes heute richtig oder falsch verstanden wird, ob man diese Hypothese als relevant zur Analyse der gegenwärtigen ökonomischen Probleme ansieht oder nicht, sie wird auch in Zukunft vorherrschen: kommt sie doch dem sozialpsychologischen Unterbewußtsein entgegen, für entstandene Schwierigkeiten be-

stimmte Gruppen der Gesellschaft verantwortlich zu machen⁵⁾.

Fiskalpolitik versus Geldpolitik

Für die Überwindung der Unterbeschäftigung und für die Stabilisierung der Konjunkturzyklen können grundsätzlich die Fiskalpolitik und die Geldpolitik als Instrumente in Frage kommen. Keynes diskutiert nun in der *General Theory* die theoretischen Möglichkeiten, daß es der Geldpolitik aufgrund einer hohen Zinselastizität der Geldnachfrage (Liquiditätsfalle) oder geringen Zinselastizität der Investitionsnachfrage nicht gelingt, das Investitionsvolumen ausreichend zu beeinflussen. In diesen Fällen ist allein die Fiskalpolitik geeignet, Unterbeschäftigung und zyklische Schwankungen zu bekämpfen. Diese theoretisch denkbaren Konstellationen haben sich in der Umwandlung der *General Theory* in die keynesianische Wirtschaftslehre zu empirisch vorliegenden Gegebenheiten verselbstständigt. Zunächst galt die Liquiditätsfalle als existent. Nachdem dies empirisch nicht nachweisbar war, verlagerte sich das Argument auf die angeblich relativ geringe Zinselastizität der Investitionsnachfrage. Damit war die Dominanz der Fiskalpolitik über die Geldpolitik begründet und dem Staat die Verantwortung, durch ein „demand-management“ für Vollbeschäftigung und schwankungsfreies Wachstum zu sorgen, übertragen.

Einige Konsequenzen

Weil die *General Theory* zu beweisen schien, daß der Staat über die Instrumente verfüge, jederzeit die Vollbeschäftigung zu gewährleisten, wurde die Vollbeschäftigung wiederum zum obersten wirtschaftspolitischen Ziel. Diese absolute Zielpräferenz ihrerseits sichert den andauernden Erfolg keynesiani-

schen Denkens. Diese erstaunliche Wechselwirkung zwischen ökonomischer Analyse und wirtschaftspolitischer Orientierung ist von geistesgeschichtlicher Bedeutung. Sie verhindert eine Diskussion über die Kosten einer Politik der absoluten Vollbeschäftigung und zögert die Bekämpfung anderer, die Wohlfahrt beeinträchtigenden Entwicklungen – wie z. B. der Inflation – hinaus.

Mit der Betonung der Effizienz der Fiskalpolitik war das paradoxe Ergebnis eingetreten, daß man die Quantitätstheorie, nach der Geld lediglich ein Schleier über den realwirtschaftlichen Vorgängen bildet, als überwunden hielt, zugleich aber eine Theorie konstruierte, in der dem Geld keine Bedeutung für den realwirtschaftlichen Ablauf zukommt. In vielen Analysen wurde deshalb der monetäre Sektor einfach gestrichen und die *General Theory* zu einer realen Theorie. Das mußte den Blick in mancher Hinsicht einengen:

□ Bei der Analyse des „deficit spending“ blieb lange unberücksichtigt, ob das Defizit über Staatsschuldtitel oder über einen Zentralbankkredit finanziert wird, obwohl doch im ersten Fall der „crowding-out-effect“ die Wirksamkeit der Fiskalpolitik weitgehend neutralisiert und im zweiten Fall erst der monetäre Effekt entscheidend die expansive Wirkung induziert.

⁵⁾ Bei Keynes sind die Investoren als Träger der Instabilität für Unterbeschäftigung und konjunkturelle Schwankungen nicht politisch, d. h. zur Rechtfertigung vor der Gesellschaft aufgefordert, verantwortlich. In der gegenwärtigen politischen Diskussion wird dagegen diese Verantwortlichkeit recht häufig hergestellt; insbesondere von dem sogenannten politisch linken Spektrum. Es bedarf mithin keines Vulgärmarxismus, um jene Denkungsart zu begründen, die Karl Popper „Konspirations-theorie“ und Manès Sperber sehr treffend „Dämonologie“ nannten. Zur Literatur vergleiche man: K. R. Popper: Prediction and Prophecy in the Social Science, in: Proceedings of the Tenth International Congress of Philosophy, Vol. 1 (1949); wiederabgedruckt in: E. Topitsch (ed.): Logik der Sozialwissenschaften, Köln/Berlin 1965, S. 113–143, Begriff hier: S. 119; M. Sperber: Leben in dieser Zeit – Sieben Fragen zur Gewalt, Wien 1972, S. 26.

⁴⁾ Man lese in der *General Theory* das Kapitel 22, „Notes on the Trade Cycle“. Dieses Kapitel kann nicht hoch genug für die Begründung der Instabilität des marktwirtschaftlichen Systems eingeschätzt werden.

□ Wenn ein gesamtwirtschaftlicher Aufschwung einsetzt, wurde dieser bislang in der Regel als Erfolg fiskalpolitischer Aktionen gewertet. Dagegen gibt es beispielsweise für den in der Bundesrepublik im Jahre 1967 einsetzenden Aufschwung starke empirische Anhaltspunkte dafür, daß er auf geldpolitische Stimuli und nicht auf fiskalpolitische Effekte zurückzuführen ist ⁶⁾.

□ Die außenwirtschaftlichen Beziehungen wurden lediglich in Form der Export- und Importnachfrage integriert. Die Rückwirkungen über die Devisenbilanz auf die inländische Geldversorgung blieben außen vor. Die Folge war, daß man lange den Mechanismus der internationalen Inflationsübertragung übersah.

□ Die Verselbständigung zur Einkommen-Ausgaben-Analyse, die sich ja auch in der Konstruktion ökonomischer Gesamtwirtschaftsmodelle niederschlug, verhinderte, in die ökonomische Analyse auch das Denken in Bestandsgrößen und damit die Substitutionsprozesse bei Vermögensobjekten aufzunehmen – die Arbeiten von James Tobin selbstverständlich ausgenommen. Die Folge war, Preisniveauperänderungen nicht auch als monetäre Erscheinungen zu begreifen. Nur so ist das Entstehen von Nachfragesog- und Kosten-

druckinflationstheorien wie auch die zeitweilige Popularität der Phillips-Kurve zu verstehen ⁷⁾.

Neue Ausgangslage in der Nachkriegszeit?

Es ist leicht, in der Retrospektive eine theoretische Entwicklung zu kritisieren. Dennoch muß bezweifelt werden, ob die Voraussetzungen für die Gültigkeit der *General Theory* in der Nachkriegszeit noch gegeben waren. Vollbeschäftigung und nicht Unterbeschäftigung mit zyklischen Schwankungen kennzeichneten die ökonomische Entwicklung. Diese scheint viel eher stabil im Sinne der Absorbierung exogener Schocks, denen auch eine „stop-and-go“-Politik der Wirtschaftspolitik zuzurechnen ist, als systemimmanent instabil zu sein. Damit gibt aber auch die Quantitätstheorie den relevanten Analyserahmen ab. Das Denken in keynesianischen Kategorien verhinderte, rechtzeitig zu erkennen, daß die staatlichen Instanzen und nicht das marktwirtschaftliche System für die inflationäre Entwicklung und für die Kosten der Inflationsbekämpfung in Form der Arbeitslosigkeit verantwortlich sind.

Als nachhaltiger Einfluß der *General Theory* und des Keynesianismus wird bestehen bleiben, dem Ziel der Vollbeschäftigung alles Handeln und alle übrigen Präferenzen unterzuord-

nen, weil Arbeitslosigkeit den einzelnen sozial viel härter als eine Inflation trifft. Und weil eine Abneigung gegen jegliches Harmoniedenken vorherrscht, wird die Ansicht weiterleben, daß die Wirtschaft zur Instabilität neigt.

Der Keynesianismus, verstanden als Verkürzung der *General Theory* auf eine reale Theorie der Analyse von Einkommen- und Ausgabenströmen, wird zunehmend die monetären Rahmenbedingungen und den Einfluß der von den geldpolitischen Instanzen kontrollierten Geldmenge auf den Wirtschaftsablauf berücksichtigen müssen.

Eine solche Integration ist möglich, wenn man die *General Theory* als monetäre Theorie versteht; immerhin enthält deren voller Titel ja auch die Begriffe Zins und Geld. Eine solche Sicht eröffnet den Zugang zu einer Analyse der Substitutionsprozesse zwischen Realkapital, Geld und anderen finanziellen Aktiva. Damit wird der Weg für eine Analyse der Preisanpassungsmechanismen, die den Wirtschaftsablauf determinieren, frei. Als nur eine der Konsequenzen folgt daraus, die Investitionsnachfrage als Substitution zwischen einer Nachfrage nach bestehendem Realkapital und der Nachfrage nach neuproduzierten Gütern zu verstehen. Der Skeptizismus über eine zinsunelastische Investitionsnachfrage kann damit überwunden und schon auf diesem Weg der Einfluß des Geldes neu erkannt werden.

⁶⁾ Vgl. B. Brunner, M. Fratianni, J. L. Jordan, A. H. Meltzer und M. J. Neumann: Fiscal and Monetary Policies in Moderate Inflation, in: Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 5 (1973), S. 313–353.

⁷⁾ Vgl. J. Siebke und W.-D. Zumpfort: Weltinflation und Inflationstheorien, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 55. Jg. (1975), H. 10, S. 524–528.

BIBLIOGRAPHIE DER WIRTSCHAFTSPRESSE

Herausgeber: HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg
Quellennachweis mit Legende zu Aufsätzen aus in- und ausländischen Fachzeitschriften (monatlich rd. 350 Titel)

Jahresbezugspreis DM 180,—

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG